



## **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

### **40. Sitzung (öffentlich)**

23. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

15:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>1 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften</b>	<b>9</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2994	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/3601	

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/3200

Ausschussprotokoll 17/400

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

**2 Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – 2. NKFVG NRW)** 10

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3570

Ausschussprotokoll 17/435

in Verbindung mit

**Engpässe beseitigen – Land muss Kommunen mehr Zeit zur Umsetzung des Programms „Gute Schule 2020“ einräumen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/2163

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

**3 Hitzebelastung senken sichert Lebensqualität in NRW** 11

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/3015

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/3015 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

**4 Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen 13**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4115

in Verbindung mit

**Straßenausbaubeiträge nach dem KAG**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1177

Der Ausschuss kommt überein, die Modalitäten der von der SPD-Fraktion beantragten Anhörung in einer Obleuterunde zu klären.

**5 Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz 14**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3773

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

**6 Bürokratieabbau bei Mieterstromprojekten vorantreiben 16**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/3797

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

**7 Das Rheinische Revier muss Sonderfördergebiet werden, um den Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können** 17

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/3811

sowie

**Lebenswert, innovativ und klimafreundlich: Zukunftsfähige Entwicklung des Rheinischen Reviers strategisch gestalten**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/4104

in Verbindung mit

**Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4117

in Verbindung mit

**Neue Flächen für Wohnraum-, Gewerbe- und Industrieentwicklung im Rheinischen Revier ausweisen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4118

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

- 8 Gesetz über die Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Ablösung und Änderung weiterer Gesetze** 18
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/4097
- in Verbindung mit
- Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG-Durchführungsverordnung – UVGDVO)**
- Vorlage 17/1364
- Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.
- 9 Hambacher Wald – Wer kommt für die Kosten für die Räumung und Zerstörung der Baumhäuser auf?** 19
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1329
- in Verbindung mit
- Räumung der Baumsiedlung „Black Socks“ im Hambacher Wald am 2. Oktober 2018**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1351
- in Verbindung mit
- Hambacher Forst – Was hat sich geändert?**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1328
- 10 Essen: Grüne Hauptstadt Europas 2017 – Evaluation und weitere Handlungsoptionen des Landes NRW** 42
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1424

<b>11</b>	<b>Gutachten Evaluierung der Kostenpauschale nach dem FlüAG</b>	<b>50</b>
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/1357	
<b>12</b>	<b>Internationale Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr</b>	<b>52</b>
	Ausschussprotokoll 17/371	
<b>13</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>60</b>

\* \* \*

## Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** teilt **Vorsitzender Hans-Willi Körfges** mit, man werde die Arbeitssitzung um 15:00 Uhr nach der Anhörung mit dem bisherigen Tagesordnungspunkt 10 „Essen: Grüne Hauptstadt Europas 2017 – Evaluation und weitere Handlungsoptionen des Landes NRW“ fortsetzen. Ab diesem Zeitpunkt reiche vereinbarungsgemäß Fraktionsstärke aus.

Darüber hinaus teilt er mit, der bisherige Tagesordnungspunkt 3 „Sicherheit von Großveranstaltungen gewährleisten – Landesregierung muss Veranstaltungsgesetz vorlegen“ sei bereits gestern vom federführenden Innenausschuss abschließend beraten worden und könne deshalb heute entfallen.

**Henning Höne (FDP)** regt an, die Tagesordnungspunkte 1 „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften“ und 2 „Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – 2. NKFVG NRW)“ auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben, da die Koalitionsfraktionen derzeit noch weiteren Änderungsbedarf prüften.

Außerdem regt er mit Blick auf den Änderungsantrag Drucksache 17/4305 zum Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes an, diesen bei der Anhörung am 15. Februar 2019 ebenfalls zu berücksichtigen. Da es dabei um die Stichwahl gehe, könnten die Obleute sich zeitnah auf die gegebenenfalls zu ändernde Anzahl der Sachverständigen verständigen.

**Vorsitzender Hans-Willi Körfges** erwidert, in Bezug auf die Anzuhörenden Sachverständigen gebe es mit Blick auf rechtliche und formale Probleme möglicherweise weitere Wünsche, sodass man dies in einer Obleuterunde klären könne.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** betont, wenn man die Tagesordnungspunkte 1 und 2 wie von Henning Höne gewünscht schiebe, müsse es eine dritte Lesung im Plenum geben.

**Stefan Kämmerling (SPD)** erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Verfahren zur Stichwahl einverstanden.

Aufgrund der vernünftigen Ansprache vor Beginn der Sitzung durch die Koalitionsfraktionen erklärt er sich zudem mit dem Schieben der Tagesordnungspunkte 1 und 2 einverstanden.

